

Dieter Braunmüller
Helmut Püschel

Hildegard Biermann-Mannsfeld
Peter Rauscher

Regine Glück
Bernd Sackmann

Claudia Himmer
Reinmar Wipper

Haushaltsrede 2013

Nürtingen, den 5. Februar 2013

SCHULDEN TROTZ REKORDEINNAHMEN ?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltslage

Neue Schulden trotz Rekordeinnahmen? Das passt nicht zusammen: Weder im Bund, noch im Land, noch in Nürtingen. Der Haushaltsentwurf 2013 weist mit 64,0 Mio. Euro den bisher höchsten Gesamtbetrag an Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen aus, den der Kämmerer jemals verbuchen konnte. Hierzu haben nicht nur die Steuereinnahmen beigetragen, sondern auch die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und die sehr beachtlichen Schlüsselzuweisungen des Landes im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs von 16,4 Mio. zur Nivellierung von Steuerkraftunterscheiden zwischen den baden-württembergischen Kommunen. Nürtingen belegt dabei einen Spitzenplatz in der Region.

Die Rekordeinnahmen führen zwar zu einem Überschuss im Verwaltungshaushalt von 6 Mio. Euro, sie reichen jedoch nicht zur Finanzierung der Investitionen im Vermögenshaushalt aus. Dies gelingt nur durch eine zusätzliche Schuldaufnahme von 5,2 Mio. Euro. Die Freude ist getrübt. Die geplante Schuldenaufnahme ist besorgniserregend. Sie wäre nachvollziehbar, wenn der Vermögenshaushalt spektakuläre und nachhaltige Investitionen enthielte, wie z. B. der Kauf von Grundstücksflächen der Bahn oder der denkbare Erwerb der EnBW Beteiligung an den Stadtwerken, da die EnBW offensichtlich Liquiditätsprobleme hat, wie der heutigen Stuttgarter Zeitung zu entnehmen ist. Dies ist jedoch nicht der Fall. Bei den geplanten Investitionen handelt es sich außer der Restfinanzierung der Realschule von 2,0 Mio. Euro größtenteils um Pflicht- und Erhaltungsinvestitionen. Es gibt auch keine Möglichkeit auf Rücklagen zurückzugreifen, die in früheren Haushaltsjahren das Pendant zu den Schulden waren. Die aktuelle Rücklage reicht gerade zum Ausgleich der Zinsen.

Kredite engen den Handlungs- und Gestaltungsspielraum ein

Schulden machen ist kein Prinzip des schwäbischen Wirtschaftens. Schulden sollen Engpässe überbrücken helfen. Sie dürfen aber nur gemacht werden, wenn gleichzeitig Perspektiven zu ihrem Abbau realistisch sind. Sonst greift das Wort von der Schuldenfalle. Geradestehen für die Schulden muss dann die nächste Generation. Der Schuldenstand zum 31.12.2012 beträgt 12,1 Mio. Euro. Besonders überraschend sind die relativ hohen Zinssätze von bis zu 3,5 % für die bisherigen Darlehen. Im Haushaltsplan ist für Zins und Tilgung der bestehenden Schulden ein Betrag von einer Million Euro eingestellt. Bereits im kommenden Jahr wird sich dieser Betrag nach Ablauf der Tilgungsaussetzung bei den KfW-Darlehen erhöhen und den Handlungs- und Gestaltungsspielraum um weitere 500 Tsd. Euro einengen. Es muss die Aufgabe des Kämmersers sein, durch die klassischen Methoden des Streichens, Streckens und Kürzens keine weiteren Schulden in 2013 entstehen zu lassen. Wir beantragen daher, dass die Verwaltung in den Gemeinderatssitzungen am 23.4. und 10.6. über die aktuelle Haushaltssituation berichtet.

(Vielleicht ist bis dahin auch geklärt, ob wir von der Region Stuttgart die geleisteten Zuschüsse für Stuttgart 21 von 288.000 Euro zurückerhalten.)

Bisherige IMAKA Vorschläge reichen nicht aus

Wir leben, wie der Oberbürgermeister in seiner Rede ausführte, „in einigen Bereichen unserer Stadtgesellschaft erheblich über unsere Verhältnisse“. Zusammen mit dem Kämmerser fordert der OB vom Gemeinderat eine „strikte Haushaltsdisziplin“.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf trägt die Handschrift der Verwaltung. Bei der letzten Haushaltsausschusssitzung wurde von den Ausschussmitgliedern nichts hinzugefügt. Unsere Fraktion hat, wie bereits im letzten Jahr, auf kostenwirksame Anträge verzichtet bzw. zur Finanzierung Umschichtungsvorschläge gemacht.

Die Spardebatten der letzten Wochen haben gezeigt, dass der Gemeinderat willens ist, an einem Strang zu ziehen. Der Gemeinderat war nach mehreren erfolglosen Sparversuchen angesichts der prekären Haushaltsslage zum Handeln gezwungen. Von den Sparmaßnahmen waren die Bereiche Kultur und Bildung und die Teilorte betroffen. Wir hoffen, dass nach 40 Jahren die Ortschaften und die Kernstadt endlich zusammenwachsen.

Das von der Firma IMAKA errechnete Einsparpotenzial benötigt eine längere Umsetzungszeit und wird nicht ausreichen, um den Haushalt dauerhaft zu retten, über dem vor allem das Damoklesschwert der ständigen Personalkostensteigerungen hängt. Wie wir bereits mehrfach angeregt haben, sollten in den Personalaufwand der Stadt auch die bei der GWN anfallenden Personalkosten einbezogen werden.

Aktive Wachstumspolitik

Der OB kündigte bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes eine „aktive Wachstumspolitik“ an und erklärte, dass die Zukunft der Stadt nur eine „wachsende Stadt“ sein kann. Es sollen mehr Menschen in die Stadt ziehen und sich weitere Firmen ansiedeln. Hierdurch erwartet man höhere Grundsteuern, höhere Einkommensteueranteile und mehr Gewerbesteuer. **Wachsen ist kein Allheilmittel** und kein Wert an sich. Auch nicht für eine Stadt. Wachstum macht nur Sinn, wenn man die Bezugsgrößen kennt. In unserer Stadt sind das Flächen, Infrastruktur, Lebensqualität und Möglichkeiten der Lebensgestaltung. Nichts davon kann isoliert betrachtet und erst recht nicht isoliert entwickelt werden. So ist der Begriff Entwicklung wohl der bessere als Wachstum. Wachstum wird leicht zur Aufblähung, wie man bei den Finanzmärkten der letzten Jahre beobachten kann, und Aufblähung führt schneller zum Kollaps als man wünscht.

In Bezug auf die Schaffung von Wohnraum hat die Stadt ein gewaltiges Vorratspotential in der Schublade, z. B. Reich-Areal, Oelkrug-Areal, Psychiatrie-Gelände und zahlreiche Baulücken. Unklar ist, wann der Startschuss für die Bebauung im Äußeren Gänslesgrund fällt. Bei der Wörth-Bebauung hat man den Investoren einen Zeitrahmen von fünf Jahren für den Baubeginn eingeräumt und ist damit von dem bisher vorgegebenen Zeitplan erheblich abgewichen. Es hieß bisher stets, dass die Zuschüsse zurückbezahlt werden müssten, falls nicht unverzüglich mit dem Bau begonnen wird. Nun hat man also bis 2018 Zeit und der Neckar hat noch mehrmals Gelegenheit, sein Hochwasser-Gefahrenpotential aufzuzeigen – wie am letzten Wochenende.

Alle geplanten Wohneinheiten weisen eine gewisse Exklusivität auf, die nicht für jedermann erschwinglich ist. Bezahlbarer Wohnraum ist mindestens ebenso wichtig wie exklusiver Wohnraum. In Nürtingen suchen nicht nur zahlungskräftige Leute Wohnraum, sondern insbesondere Menschen mit schmalen Geldbeutel. Der soziale Wohnungsbau ist zurückgegangen. Ist das nicht der Gemeinwohl-Auftrag der Siedlungsbau?

Es gibt immer mehr Alleinerziehende und Kleinfamilien, die dringend bezahlbaren Wohnraum suchen, während die Immobilienpreise zulegen. Günstiger Wohnraum, auch für Studenten der örtlichen Hochschulen, ist selten geworden. Vielleicht könnten für bestehende Gebäude die Genehmigungen für Dachausbau und Gauben erleichtert werden, um mehr Wohnraum aus dem Bestand zu schaffen.

Die Bebauung des Gewerbegebiets Großer Forst wird von unserer Fraktion weiterhin abgelehnt. Es handelt sich bei dem Bebauungsplanentwurf um „neuen Wein in alten Schläuchen“. Für unsere Fraktion sind Logistik- und Lagerflächen auf dem Großen Forst ein definitiver Ausschlussgrund. Diese zeichnen sich durch eine geringe Arbeitsplatzquote, Niedriglohnstellen (für die wir keinen Wohnraum haben) und nicht zuletzt durch geringe Gewerbesteuer-Zerlegungsanteile aus, wovon die Stadt ohnehin nur 50 % erhält. Bedeutende Einnahmen sind bei dieser Konstellation nicht zu erwarten.

Respekt vor der Bürgerbeteiligung

Das Jahr 2012 war kein Ruhmesblatt für die Bürgerbeteiligungskultur in Nürtingen. Die Hoffnung, dass der Oberbürgermeister sein Versprechen im OB-Wahlkampf 2011 umsetzen und zukünftig „**Volkes Stimme mehr Gewichtung**“ geben würde, hat sich nicht erfüllt. Die 3.000 Unterschriften von Nürtinger Bürgerinnen und Bürgern im Herbst gegen das Bauvorhaben Wörth haben kein Umdenken bewirkt. Sichtlich nicht erfreut nahm der OB den Unterschriftenordner des Forum Wörth entgegen und bemäkelte pauschal die Glaubwürdigkeit der Unterschriften. Wurde dies geklärt?

Am Tag darauf, am 2. Oktober, wurde der umstrittene Bebauungsplan von den Gemeinderäten der CDU, der Freien Wähler und dem OB mit knapper Mehrheit beschlossen. Ernüchterung pur bei den engagierten Bürgern und der Initiative Forum Wörth!

Auch die 850 schriftlichen Einwendungen Nürtinger Bürger wurden restriktiv behandelt. Sowohl der Presse als auch den Bürgern wurde die Einsichtnahme in diese interessanten Dokumente der Bürgerbeteiligung verweigert. Wir bedauern dies! Unsere Fraktion bedankt sich bei den vielen kompetenten Menschen für ihren vielfältigen und außergewöhnlichen Einsatz.

Wie geht es weiter mit der Bürgerbeteiligung? Jede Stadt sollte sich glücklich schätzen über ein großes Interesse der Bürger am Stadtgeschehen. Verordnet werden kann eine Beteiligung der Bürger nicht! Bei der Informationsveranstaltung in der Stadthalle am 29.11. um 18 Uhr über die Neugestaltung des Kleinkindbereichs im Freibad nahm nur ein Bürger teil, obgleich es um eine Baumaßnahme von 1,9 Mio. Euro ging. Vielleicht lagen um diese Zeit die Kleinkinder bereits im Bett und die Eltern fehlten deshalb?

Dass die Bürger an ihrer Stadt Interesse haben, zeigte die große Beteiligung an der ersten Sitzung des Gestaltungsbeirates. Die nächste Beteiligungsmöglichkeit ergibt sich bei der Mitwirkung am integrierten Stadtentwicklungskonzept. Werden Sie echt beteiligt oder dienen sie nur als Kulisse? Wir hoffen, dass die Bürger nach den vielen Enttäuschungen nicht frustriert sind, sondern sich aktiv an der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes beteiligen. Sie verdienen unseren Respekt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Dieter Braunmüller
Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste / Grüne

Dieter Braunmüller
Helmut Püschel

Hildegard Biermann-Mannsfeld
Peter Rauscher

Regine Glück
Bernd Sackmann

Claudia Himmer
Reinmar Wipper

Haushaltsrede 2013

Nürtingen, den 5. Februar 2013

HAUSHALTSANTRÄGE

Ermittlung der Betriebskosten der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen

Wir beantragen, dass die Verwaltung für die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen, entsprechend der Vorgaben für die Freien Träger, ebenfalls die Betriebskosten ermittelt. Dadurch ergibt sich auch eine aussagefähige Vergleichsbasis mit den Einrichtungen der Freien Träger und den Einrichtungen der Umlandgemeinden.

Verteilung (digital) des Pressespiegels an alle Gemeinderäte

Wir beantragen, dass alle Gemeinderäten den Pressespiegel der Stadt erhalten und dieser digital zugestellt wird.

Erreichbarkeit der Gemeinderäte

Wir bitten zu prüfen, ob eine Erstellung von Mailadressen für jeden Gemeinderat unter der Domäne @nuertingen.de (Schema: vorname.nachname@nuertingen.de) möglich ist. Hierüber sind alle städtischen Mails zu leiten und dadurch klar von dem öffentlichen Mailsystem getrennt. Es eignet sich technisch korrekt realisiert auch für vertrauliche Mitteilungen innerhalb der Sphäre der Stadtverwaltung.

Verbesserung Busverkehr

Wir beantragen, Herr Andreas Teufel möge berichten, welche Schwächen des Busverkehrs in Nürtingen hat, welches die 10 dringendsten Maßnahmen für eine Verbesserung Busverkehr im Nürtinger Stadtgebiet sind und wie sie finanziert werden können.

Parkleitsystem

Das Tiefbauamt möge bitte erklären, warum die Gesamtkosten für das Parkleitsystem mit 100.000 Euro doppelt so hoch ausfallen, wie vom Bauausschuss im Juli 2011 beschlossen.

Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Die Stadtkämmerei möge bitte prüfen, ob und in welcher Höhe den Eigentümern von größeren Baulücken im Innenbereich ein Zuschuss pro Quadratmeter Baufläche gewährt werden kann mit dem Ziel, einerseits Wohnraum zu schaffen bei für die Stadt geringen Erschließungskosten und andererseits die Einwohnerzahl stabil zu halten.

Saubachtunnel

Wir beantragen, dass die ursprüngliche Planungsrate für den Umbau des Saubachtunnels von 30.000 Euro in den Haushalt wieder aufgenommen wird. Der schmale Saubachtunnel ist die Hauptschulwegachse für die Radfahrer und wird auch im Winter stark benutzt. Wir regen an, dass 30.000 Euro Planungsrate für den Ausbau des Tiefenbachstraße oder für die Straße Am Kelterberg umgeschichtet werden.

Sonderprogramm Brandschutzmaßnahmen

Wir beantragen, dass 2 Millionen Euro im Haushalt zugunsten von Brandschutzmaßnahmen an Schulen umgeschichtet werden. Dabei können 1 Mio. Euro im GWN-Haushalt und 1 Mio. Euro in den Bereichen Tiefbau (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt), Hochbau (Vermögenshaushalt) und Erwerb von beweglichem Vermögen umgeschichtet werden.

Begründung: Laut den GWN-Unterlagen vom November 2012 bestehen gravierende Brandschutzmängel vor allem bei den Schulgebäuden in der Größenordnung von über 4 Mio. Euro. Im GWN-Haushalt sind lediglich 600.000 Euro für den Brandschutz vorgesehen, das sind nur 16% aller GWN Ausgaben.

Am Hölderlin-Gymnasium sind von der GWN 150.000 Euro für Brandschutz eingeplant, gleichzeitig aber auch 370.000 Euro für Lüftung, Warmwasser und Verdunkelung der Fachräume. Außerdem plant das Tiefbauamt eine neue Laufbahn und Hochsprunganlage (130.000 Euro). Wir beantragen eine Abänderung der Prioritäten: Leben retten muss vor sonstigen Ausgaben kommen!

Zuschuss für den Nahverkehr

Die Parkraumsituation ist in der Nürtinger Innenstadt schwierig. Parkhäuser und Parkierungsflächen sind teuer und werden hoch bezuschusst. Der Zuschuss für die Rathaustiefgarage beträgt 130.000 Euro. Wir beantragen, dass entsprechend der Vorgehensweise in Wernau die Stadt Viererkarten für die innerstädtischen Buslinien bezuschusst. Eine Viererkarte für 5 Euro soll in den Stadtteilrathäusern und im Bürgeramt erworben werden können. Eine Fahrt in die Innenstadt und zurück würde dann 2,50 Euro kosten (statt bisher 4,40 Euro). So kann es gelingen, dass die Bürgerinnen und Bürger auf den ÖPNV umsteigen und die Stadt Kosten für neue Parkhäuser spart.

Erweiterung IMAKA Untersuchung

Wir beantragen, dass von der Firma IMAKA auch verschiedene Beteiligungen und Eigenbetriebe der Stadt untersucht werden. Dies gilt auch für die Sportstätten, die Bäder und die Freizeiteinrichtungen.

Rederecht bei Bürgerfragestunden

Wir beantragen, dass bei den Bürgerfragestunden auch Fragen zu Themen zulässig sind, die auf der Tagesordnung stehen.

Öffentliche Bekanntgabe der Tagesordnung von Ausschüssen und Gemeinderat

Wir beantragen, dass bei der Veröffentlichung der Tagesordnung neben den öffentlich behandelten Tagesordnungspunkten auch über die nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte der Ausschüsse und des Gemeinderates informiert wird.

Strikte Haushaltsdisziplin

Wir beantragen, dass die Verwaltung am 23.4. und am 10.6. im Gemeinderat einen Zwischenbericht über die aktuelle Haushaltssituation des Jahres 2013 abgibt.

Stationäre Geschwindigkeitskontrollen

Wir beantragen, dass Einnahmen aus der stationären Geschwindigkeitskontrolle für eine weitere Ausdehnung der speziell nächtlichen Verkehrssicherheit genutzt werden. Sogenannte „Cruiser“, die ziellos, meistens jedoch vor allem schnell, die Ringstraßen nutzen, möchten wir mit dieser Maßnahme abschrecken.

Wir schlagen Radarkontrollen zwischen 21 und 4 Uhr in geparkten Fahrzeugen an wechselnden Standorten vor, etwa in der Bahnhofsstraße, Europastraße, Alleenstraße, den Zubringerstraßen Neuffener Straße, Werastraße, Kirchheimer Straße und den Innenstadt-Straßen mit Gastronomiepublikum Heiligkreuzstraße, Steinenbergstraße/Uhlandstraße. Die Cruiser und Raser können damit sinnvoll verkehrstechnisch „gebremst“, Lärm gemindert und die Sicherheit für Bürger erhöht werden. Kosten für Personal könnte ggf. eingespart werden, wenn das Fahrzeug ohne Personal abgestellt wird und die Unversehrtheit des Fahrzeuges bei üblichen Kontrollfahrten der Polizei beachtet wird.